

§ 209 Liebesbrief-Fall:

Menschengerichtshof macht Druck

Im berüchtigten § 209-Liebesbrief-Fall, in dem letzten Oktober ein Mann wegen seiner Liebesbeziehung mit einem 17jährigen zu einer Freiheitsstrafe von 15 Monaten verurteilt worden ist, geht der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit außergewöhnlicher Schnelligkeit vor (Wilfling gg. Österreich, Appl. 6306/02).

Bereits vor einem Monat hat er in Anwendung der Regel 40 seiner Verfahrensordnung die Ende Jänner erhobene Beschwerde sogleich an die österreichische Regierung übermittelt. Überdies wurde dem Fall Priorität zuerkannt (Regel 41). Wie jetzt bekannt wurde hat der Gerichtshof vergangene Woche, also nur zwei Monate nach der Einbringung der Beschwerde, der Bundesregierung jetzt auch gleich eine Frist zur Stellungnahme gesetzt. Üblicherweise geschieht dies erst mehrere Jahre nach der Einbringung einer Beschwerde. Die Bundesregierung muß sich nun bis 24. Juni verantworten.

„Wer jetzt noch nicht erkennt, was Sache ist“, kommentiert Univ.-Lekt. Dr. Helmut Graupner, Sprecher der Plattform gegen § 209 und Anwalt des Beschwerdeführers, „ist mit wahrlich bewusster Blindheit geschlagen“.

In der überkonfessionellen und überparteilichen *Plattform gegen § 209* haben sich über 30 Organisationen zusammengeschlossen, um gegen das in § 209 StGB verankerte diskriminierende zusätzliche Sondermindestalter von 18 Jahren ausschließlich für homosexuelle Beziehungen zwischen Männern (zusätzlich zur allgemeinen, für für Heterosexuelle, Lesben und Schwule gleichermaßen gültigen Mindestaltersgrenze von 14 Jahren) anzukämpfen. Der Plattform gehören neben nahezu allen Vereinigungen der Homosexuellenbewegung auch allgemeine Organisationen an, wie Aids-Hilfen, die Kinder- und Jugendanwaltschaften Tirol und Wien, die Österreichische Hochschülerschaft, die Bewährungshilfe, die Österreichische Gesellschaft für Sexualeforschung u.v.a.m.

Rückfragehinweis: Plattform gegen § 209: 01/876 30 61, office@paragraph209.at, www.paragraph209.at

28.03.2002

Der Liebesbrief-Fall:

Der Beschuldigte und sein 17jähriger Freund lernten einander über das Internet kennen und lieben. Es entwickelte sich eine innige Liebesbeziehung, wie sie, jedoch ohne dass es irgendeine staatliche Behörde interessierte, von tausenden heterosexuellen und lesbischen Paaren auch tagtäglich gelebt wird, und die insb. für den Jugendlichen die Erfüllung seiner sexuellen Orientierung in einer von ihm seit langem ersehnten festen Beziehung bedeutete.

Als die Mutter des Jugendlichen, die seine Homosexualität absolut nicht zu akzeptieren vermag, einen herzerreißenden Liebesbrief des Jugendlichen an seinen Freund fand, erstattete sie Strafanzeige, woraufhin der 36jährige schlussendlich in Haft genommen worden ist. Begründung des Gerichts: Tatbegehungsgefahr, weil er einmal ein tatsächliches Sexualdelikt begangen hat. Die Untersuchungshaft stehe weder zur Bedeutung der Sache noch zu der zu erwartenden Strafe außer Verhältnis.

„Auf Grund der Schwere der Straftat“

Sowohl der Jugendliche als auch seine Schwester erklärten bei ihren Einvernahmen gegenüber den Gendarmeriebeamten, dass sie nicht verstehen könnten, warum er sich nicht verlieben dürfe, in wen er wolle und dass das Gesetz schleunigst geändert gehörte. Selbst die Mithäftlinge des 36jährigen und die Justizwachebeamten bekundeten Unverständnis gegenüber seiner Inhaftierung.

Die Mutter hingegen hat ihren Sohn misshandelt und zu mittlerweile mehreren Psychologen, Psychotherapeuten und Psychiatern geschleppt, die sich allerdings samt und sonders weigerten, ihn wegen seiner Homosexualität zu behandeln. Die Kriminalabteilung des Landesgendarmeriekommandos Niederösterreich verstieg sich gar zu der Behauptung, dass sie die Ermittlungen „auf Grund der Schwere der Straftat“ (!) nicht dem zuständigen Gendarmerieposten überlassen könnte und diese selbst übernehmen müsste.

Der 17jährige selbst hat sich an die Homosexuellenbewegung gewandt und um Hilfe für seinen inhaftierten Freund ersucht, zu dem er nach wie vor absolut steht.

In der Hauptverhandlung am 24. August fällte das Landesgericht Wiener Neustadt nicht nur ein erbarmungsloses Urteil in der Höhe von 15 Monaten Freiheitsstrafe sondern erniedrigte den Beschuldigten auch noch massiv in der Urteilsbegründung.

Obwohl das Gericht die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit gehabt hätte, das Verfahren gegen eine Probezeit oder eine Geldbuße einzustellen („Diversion“) verhängte es über den 36jährigen Mann – ein Gewissengefangener auf Grund seiner sexuellen Orientierung im Sinne des Mandats von amnesty international - eine Freiheitsstrafe 15 Monaten, von denen ein Monat sogar noch unbedingt ausgesprochen worden ist. Der seit 18 Tagen in Untersuchungshaft befindliche Gewissengefangene wurde daher nicht nur in Handschellen in den Gerichtssaal vorgeführt sondern aus diesem auch wieder in seine Zelle zurück abgeführt, in der er auf Grund des Urteils weiter zu schmachten hatte.

„So etwas ist in Österreich nicht mit Geld ablösbar“

Zu dieser erbarmungslosen Strafe setzte der Richter aber auch noch eine massiv diskriminierende Urteilsbegründung, in der er die innige Liebesbeziehung des Mannes mit seinem 17jährigen Freund mit Sextourismus gleichsetzte. Eine Geldstrafe könne er deshalb nicht verhängen, führte der Richter aus, weil „so etwas in Österreich nicht in Geld ablösbar ist. Wenn der Beschuldigte das will, dann muß er in jene Länder fahren, wo dies möglich ist“.

Den Hinweis der Verteidigung, dass sogar die Justizwachebeamten, ihren massiven Unmut und ihr Unverständnis über die Inhaftierung des Mannes für seine Liebesbeziehung bekundeten, quittierte der Richter unter erkennbarer Anspielung auf die Homosexualität des Mannes mit der Aussage, dass es ganz klar sei, dass „Justizwachebeamten so einen Häftling möglichst schnell wieder draußen haben wollen“ ...

Oberlandesgericht hebt Strafe noch an

Über Berufung der Staatsanwaltschaft hat das Oberlandesgericht den unbedingten Teil der Freiheitsstrafe, unter Berufung auf die angeblich schwere schuld des Mannes, dann auch noch auf fünf Monate angehoben.

Bundespräsident Klestil weigerte sich, den Mann zu begnadigen und auch nur den unbedingten Teil in eine bedingte Freiheitsstrafe oder eine unbedingte Geldstrafe umzuwandeln.

Der Gewissengefangene im Sinne des Mandats von amnesty international hatte somit nicht nur bereits 30 Tage in Untersuchungshaft zu verbringen sondern muß nun wieder für fünf Monate ins Gefängnis zurück. Nach Gewährung eines Strafaufschubs aus wirtschaftlichen Gründen, hat er die Freiheitsstrafe am 1. September 2002 anzutreten.

Art. 209-Loveletter-Case:

European Court of Human Rights Puts on Steam

The European Court of Human Rights displays unusual speed in dealing with the infamous Art. 209-Loveletter-Case originating in the conviction of a gay man to incarceration for his love-affair with a 17 year old adolescent (Wilfling vs. Austria, Appl. 6306/02).

Already one month ago the Court applied Rule 40 of its Rules the Court and immediately informed the Austrian government of the application (filed in the last week of January) and its objects. Moreover the Court granted case priority to the application (Rule 41). As revealed now the Court last week also decided to ask the Austrian

government for its observations on the application. Normally this happens only many years after the introduction of an application. The Austrian government has to submit its position until 24th June.

“Only most wilful blindness could still not see what that means”, says Dr. Helmut Graupner, spokesperson for “Platform Against Art. 209” and attorney of the applicant.

The interdenominational and supra-partisan Platform Against Article 209 comprises more than 30 organisations that joined in the fight against the discriminatory supplemental minimum age of 18 years for homosexual relationships between men only (in addition to the general age of consent of 14 for heterosexuals, lesbians and gays alike), as set forth in article Art. 209 of the Criminal Code. Nearly all associations of the homosexual movement, but also general organizations are members of the Platform, like AIDS-help-organisations, the Ombudspersons for Children and Adolescents of the States of Vienna and Tyrol, the Austrian National Student Union, the National Association of Probation, the Austrian Society for Sexual Research, and many others more.

More information:

Platform Against Art. 209: +43/1/876 30 61, office@paragraph209.at, www.paragraph209.at

28.03.2002

The Loveletter-Case

The accused and his 17 year old lover came into contact over the internet. They met and fell in love with each other. A love affair as it happens a thousand times each day among heterosexual and lesbian couples without attracting the attention of any state-authority.

As the mother of the young man, who can not accept his homosexuality, found a heart-rending love letter of the juvenile to his partner, she rushed to police and finally the Regional Court of Wiener Neustadt imposed detention on remand. The reason: danger of repetition, due to him one time in the past having committed a real sexual offence. The detention would not be disproportionate, neither to the importance of the case nor to the sanction the man awaits.

"Due to the Gravity of the Offence"

Not only the adolescent himself but also his sister during their interrogation at the police station declared they could not understand why the boy is not allowed to fall in love with whom he wants to and that the law should to be changed immediately. Even the fellow-prisoners of the man and the prison-guards expressed that they could not understand his incarceration.

The mother however physically abused her son and dragged him to several psychologists, psychotherapists and psychiatrists all of them however denying to treat the boy for his homosexuality. The state-police agency of the state of Lower Austria even went so far as to claim that “due to the gravity of the offence” they had to take over the investigation from the local police authorities.

The 17year old himself has addressed the lesbian and gay movement asking for help for his incarcerated lover.

In the trial of 24th August the Regional Court of Wiener Neustadt (Austria) not just inflicted a merciless sentence of 15 months in jail but also degraded the accused by a massively discriminatory reasoning.

Despite the fact that the law offered the Court the opportunity to drop the case on a period of probation or on payment of a certain sum of money it inflicted a jail-sentence of 15 months on the 36 year old man – a prisoner of conscience on the basis of his sexual orientation in the sense of the mandate of amnesty international – of which he even has to serve one month without probation. The prisoner of conscience has not just been brought before the court handcuffed but as a result of this verdict also been brought back to his cell that way, where he had continue to languish.

“Such a thing can not be discharged by money”

But the judge supplemented his sentence even with a massively discriminatory reasoning putting love on a level with sextourism. A fine would not be appropriate because “in Austria such a thing can not be discharged by money. If the accused wishes to do so, he has to go to countries where that is possible”.

The defense pointed to the fact that even the prison guards expressed their annoyance at the man being incarcerated just for his love-affair. Alluding to the homosexuality of the accused the judge replied it would be clear, that “the prison-guards want to get rid of such an inmate very quickly” ...

Sanction increased on appeal

On appeal the Upper Regional Court of Vienna even raised the sentence and inflicted not only one but not less than 5 months of the jail sentence unsuspended referring to an allegedly grave guilt incurred.

The president of the Republic denied to pardon the man. He even refused to commute the unsuspended part into a suspended jail sentence or into an unsuspended fine.

So the prisoner of conscience in the sense of the mandate of amnesty international has not just been incarcerated for 30 days already but even has to go back to jail to serve four months more. Having been granted a stay of execution for economic reasons he has to begin to serve the sentence on 1st of September 2002.